



Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden e.V.
Action Committee Service for Peace-Comité d'Action Service pour la Paix

Endenicher Straße 41
D-53115 Bonn

Telefon: 02 28/2 49 99-0
Telefax: 02 28/2 49 99-20

agdf@friedensdienst.de
www.friedensdienst.de

Bank
BIC
IBAN

KD-Bank eG Duisburg
GENODED1DKD
DE73 3506 0190 1011 3910 16

AGDF: Nukleare Waffen zerstören, was sie verteidigen sollen

Bonn, 28. April 2025/dj

Die Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden (AGDF) kritisiert, dass im Zuge der aktuellen sicherheitspolitischen Debatte Atomwaffen wie selbstverständlich als Bestandteil der europäischen Verteidigungspolitik verstanden werden. „Das passt zu einer Logik, die sagt: Je größer unser militärisches Droh- und Vernichtungspotential, umso sicherer sind wir. Es übersieht aber, welche schrecklichen Folgen ein Einsatz von Nuklearwaffen hätte und wie schon die Drohung mit Atomwaffen keine Sicherheit schafft, sondern die Spirale der militärischen Gewalt antreibt“, mahnt Jochen Cornelius-Bundschuh, der Vorsitzende der AGDF. Die AGDF sieht Herstellung, Lagerung, Drohung und Einsatz von Atomwaffen als ethisch nicht akzeptabel. Sie fordert unverzüglich Verhandlungen über ihre Abrüstung und mittelfristig ein verlässliches und international sanktioniertes Verbot dieser immens zerstörerischen Massenvernichtungswaffen statt einer weiteren Beschleunigung der Modernisierungs- und Aufrüstungsspirale im Bereich der Atomwaffen.

„Wir haben nicht zu wenig Atomwaffen in der Welt, wir haben zu viel“, warnt Jan Gildemeister, der AGDF-Geschäftsführer. Auch wenn es derzeit nur wenig aussichtsreich erscheine, dass Russland und die USA über eine atomare Abrüstung verhandeln würden, und trotz der immer wieder geäußerten Drohung mit dem Einsatz von Atomwaffen durch Russland, dürfe nicht nachgelassen werden in der Forderung, Atomwaffen zu ächten und alles für eine nukleare Abrüstung zu tun. „Das haben zahlreiche Staaten der Welt mit der Unterzeichnung und Ratifizierung des Atomwaffenverbotsvertrags deutlich gemacht“, so Gildemeister.

Eine klare Absage erteilte die AGDF dabei Forderungen nach einer deutschen Atombombe. „Das wäre das völlig falsche Zeichen“, sind Jochen Cornelius-Bundschuh und Jan Gildemeister überzeugt. „Und das nicht allein, weil rechtliche Gründe wie der Atomwaffensperrvertrag, den Deutschland unterzeichnet hat, sowie der Zwei-plus-Vier-Vertrag, in dem sich Deutschland dazu verpflichtet hat, keine Atomwaffen zu bauen oder zu besitzen, dagegenstehen“, unterstreicht der AGDF-Geschäftsführer. Das nun ändern zu wollen, wäre für die AGDF „ein verhängnisvolles Signal an die Weltgemeinschaft“. Hier sollten Unionsparteien und SPD in ihrem Koalitionsvertrag ein klares Zeichen setzen und sich international mit den vielen Ländern verbinden, die den Atomwaffenverbotsvertrag bereits unterschrieben oder sogar ratifiziert haben.

Der frühere badische Landesbischof Cornelius-Bundschuh verweist in diesem Zusammenhang auf die EKD-Friedensdenkschrift von 2007, in der betont wurde, dass aus Sicht der evangelischen Friedensethik eine Drohung mit Nuklearwaffen heute nicht mehr als Mittel legitimer Selbstverteidigung angesehen werden kann. „Dies ist seit Jahren die Position der evangelischen, aber genauso auch der katholischen Kirche oder der

historischen Friedenskirchen“, unterstreicht Jochen Cornelius-Bundschuh. Und auch die weltweite Ökumene setze sich seit Jahrzehnten für ein Global Zero ein. „Schon auf der ersten ÖRK-Vollversammlung 1948 wurde ein atomarer Krieg als eine Sünde gegen Gott und eine Entwürdigung des Menschen bezeichnet“, so der AGDF-Vorsitzende. Darum sollten sich in der aktuellen Debatte die Kirchen ihre Stimme erheben und weiterhin, allen Widrigkeiten zum Trotz, für eine Ächtung von Atomwaffen und deren Abrüstung eintreten, fordert Jochen Cornelius-Bundschuh.

Einen Impuls erhofft sich die AGDF hier vom Deutschen Evangelischen Kirchentag Ende April und Anfang Mai in Hannover. „Kirchentage waren in der Friedenspolitik oft wichtige Zeitansagen“, betont der AGDF-Vorsitzende. Er erinnert dabei gerade an den Kirchentag in Hannover 1983, der geprägt war von den lila Tüchern und in einer Zeit der atomaren Hochrüstung klare Signale an Kirche und Gesellschaft sandte. „Die Zeit ist reif für ein Nein ohne jedes Ja zu Massenvernichtungswaffen, so hieß es damals in Hannover. Diese Forderung ist so aktuell wie vor 40 Jahren“, macht auch Jan Gildemeister deutlich. Für den Friedensverband ist es dabei wichtig, dass in Politik, Kirche und Gesellschaft wieder über die Gefahren von Atomwaffen debattiert und eine nukleare Aufrüstung nicht einfach so hingenommen wird.

„In diesem Jahr jährt sich der Atombombenabwurf auf Hiroshima und Nagasaki zum 80. Mal. Das wäre ein guter Anlass, wieder diplomatische Initiativen für eine atomare Abrüstung zu ergreifen“, ist der AGDF-Geschäftsführer überzeugt. Und er macht deutlich: „Hiroshima und Nagasaki sind eine bleibende Verantwortung und Mahnung für die Welt, dass solche Massenvernichtungswaffen nie wieder zum Einsatz kommen dürfen.“

Kontakt:

Jan Gildemeister, Tel. 0228/24 999-13, H 0172/70855 37